

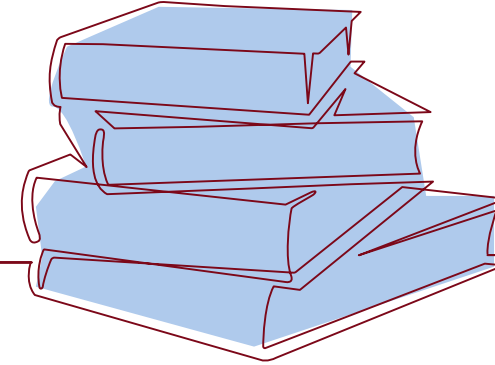
Pressegespräch

zur

Wirtschaftslage und der Wirtschaftspolitik



Agenda



1

Wirtschaftslage

(in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Wirtschafts- und Währungspolitik)

2

Wirtschaftspolitik

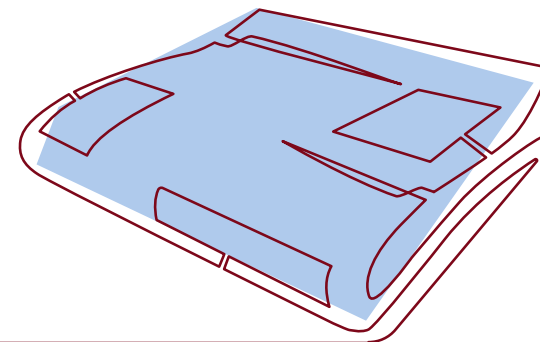
Wirtschaftslage

Stefan Schneider

Chief German Economist, Head of Strategic
Research, DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

und

Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschafts-
und Währungspolitik des Bankenverbandes



Ausschuss für Wirtschafts- und Währungspolitik

Stefan Schneider	Chief German Economist, Head of Strategic Research, DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT, Frankfurt a. M. - <i>Vorsitzender</i> -
Burkhard Allgeier	Chief Investment Officer, H&A Global Investment Management GmbH, Frankfurt a. M.
Dr. Klaus Bauknecht	Chefvolkswirt, IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf
Dr. Jan Bottermann	Chefvolkswirt, NATIONAL-BANK Aktiengesellschaft, Essen
Carsten Brzeski	Chefvolkswirt, ING-DiBa AG, Frankfurt a. M.
Dr. Felix Hübner	Chefvolkswirt Deutschland, UBS Europe SE, Frankfurt a. M.
Carsten Klude	Chefvolkswirt, M.M. Warburg & CO (AG & Co.) KGaA, Hamburg

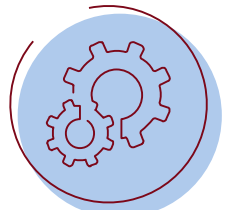
Dr. Jörg Krämer	Chefvolkswirt, COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M.
Dr. Andreas Rees	Chefvolkswirt Deutschland, UniCredit Bank AG, Frankfurt a. M.
Stefan Schilbe	Chefvolkswirt, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf
Dr. Holger Schmieding	Chefvolkswirt, Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, London
Dr. Dirk Schumacher	Senior European Economist and Managing Director, NATIXIS Zweigniederlassung Deutschland, Frankfurt a. M.
Für den Bankenverband	
Dr. Christian Ossig	Hauptgeschäftsführer, Bundesverband deutscher Banken
Volker Hofmann	Leiter Volkswirtschaft Bundesverband deutscher Banken

Ausgangspunkt



Massive wirtschaftliche Beeinträchtigungen

- Ausbreitung des Coronavirus → notwendige gesundheitspolitische Maßnahmen
- Unmittelbare wirtschaftliche Beeinträchtigung
 - Nachfrageeinbruch Dienstleistungen
 - massive Nachfrage- und Produktionsausfälle der Industrie
 - Unternehmen: heftige Einbrüche beim Umsatz/Cashflow



Sofortmaßnahmen: Wirtschaftspolitische Hilfe für Arbeitnehmer und Unternehmen

- Soforthilfen: Lohn- und Liquiditätshilfen (praktische Umsetzung sicherstellen!)
- Weitere finanzpolitische Hilfe abhängig von den aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen
 - Wirtschaftspolitik wird auch „auf Sicht“ fahren müssen



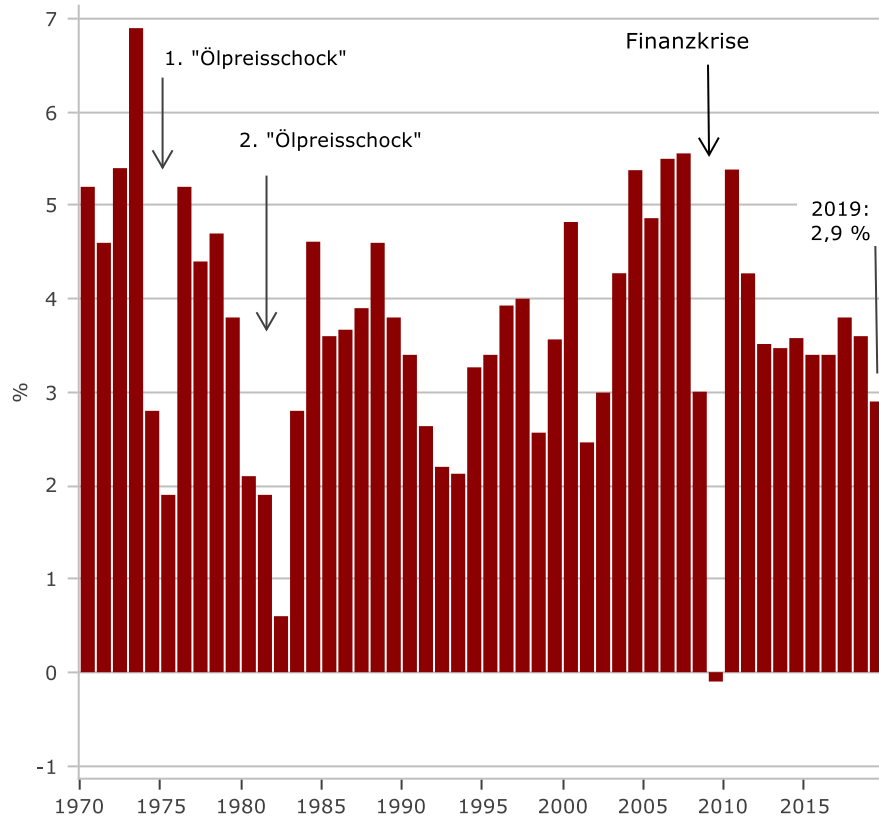
Ausgangspunkt für Prognosen zu den wirtschaftlichen Folgen

- Entscheidend: Epidemiologische Entwicklung
 - Höhepunkt der täglichen Neuinfektionen muss überschritten werden
- Basisszenario: gesundheitspolitische Maßnahmen → Wirkung bei Neuinfektionen in etwa drei Wochen
- „Muster“ China → allmähliche Produktionssteigerung etwa vier Wochen nach Infektionshöhepunkt

Weltwirtschaft

Wirtschaftswachstum weltweit

in % ggü. Vj.



Quelle: IWF.



- „Corona-Schock“ (Naturkatastrophe) → tiefe Spuren
- Auch Europa und USA stehen vor tiefen Einschnitten
- Globale Wirtschaftsleistung wird im Jahresdurchschnitt 2020 voraussichtlich schrumpfen (0 bis -1/2 %)
- Sowohl Nachfrageausfälle als auch Produktionsausfälle

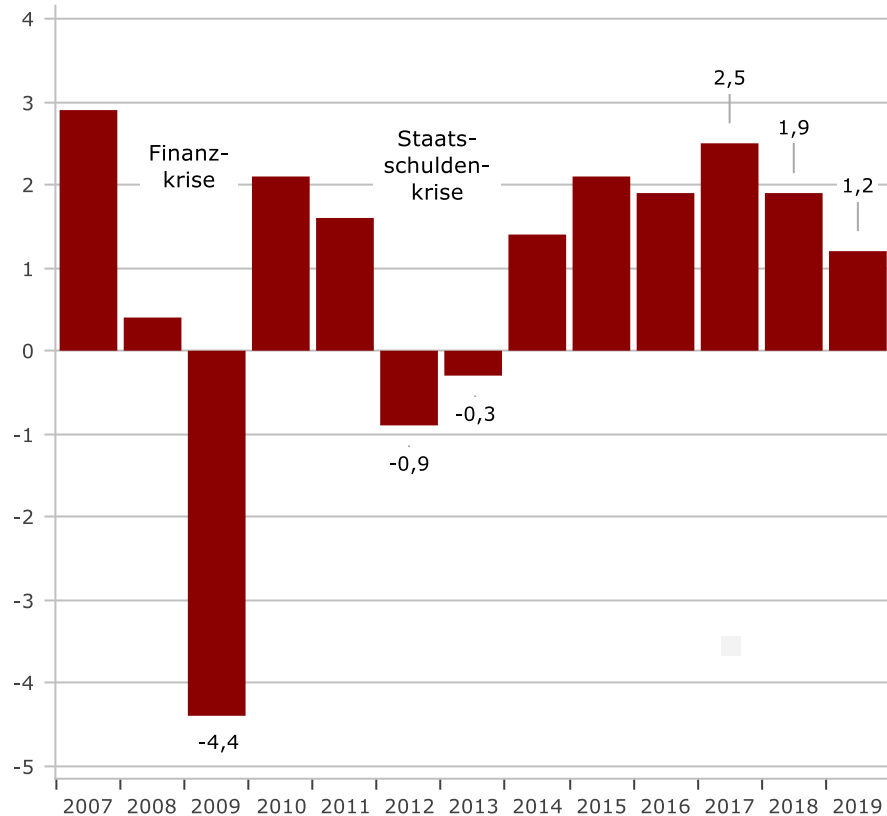


- Hinweis: Weltwirtschaft mit Erholungssignalen zur Jahreswende 2019/2020
- Sehr wahrscheinlich: zusätzliche wirtschaftspolitische Anschubmaßnahmen erforderlich, wenn Nachfrage und Produktion allmählich wieder steigen

Wirtschaftslage im Euroraum

Wirtschaftswachstum im Euro-Raum

in % ggü. Vj.



Quelle: Eurostat.



- Heutige Sicht: im Jahresdurchschnitt 2020 BIP-Rückgang um 3 bis 4 %
- Annahme: allmähliche Nachfrage- und Produktionsanstieg im Verlauf des zweiten Halbjahres 2020
- Beim Wiederaufstart der Produktion auch massive wirtschaftspolitische Hilfen der EU gefragt

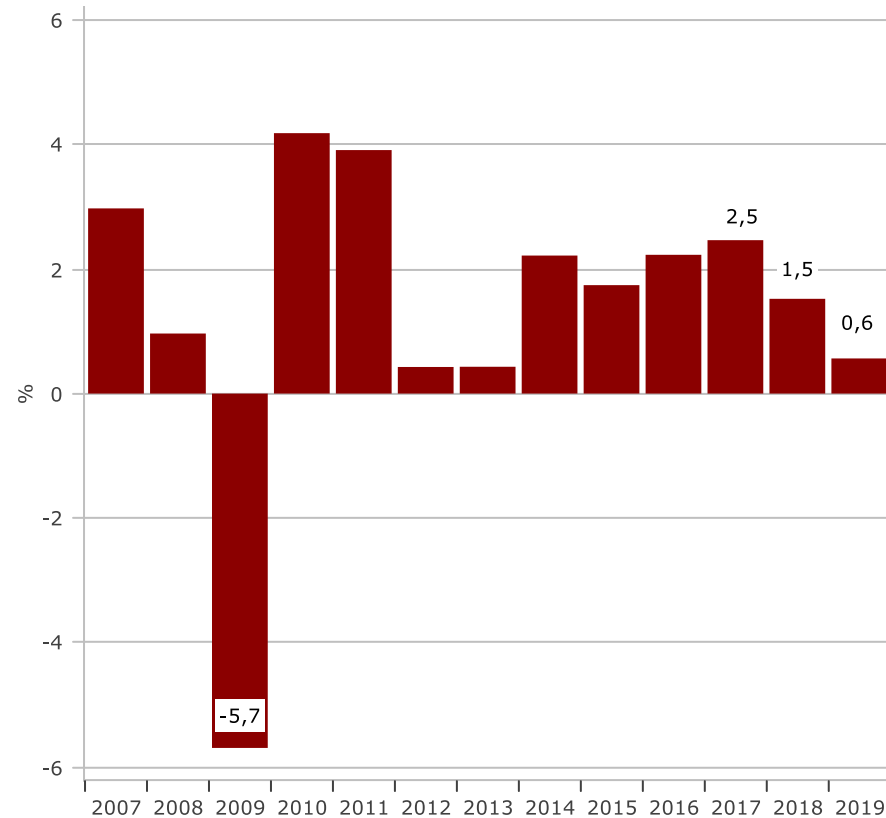


- Preiseffekt aus heutiger Sicht ebenfalls unsicher
- Zusätzlich: politischer Konflikt um Ölpreis
- Aber: deflationäre Spirale (Konsumenten und Investoren halten sich zurück, da sie mit weiteren Preisrückgängen rechnen) nicht wahrscheinlich

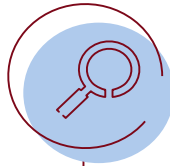
Wirtschaftslage in Deutschland

Wirtschaftswachstum in Deutschland

in % ggü. Vj.



Quelle: Statistisches Bundesamt.



- Sehr tiefer BIP-Einbruch im ersten Halbjahr 2020 (insbesondere März und April)
 - Stabilisierung der BIP-Entwicklung und allmähliche Wiederbelebung von Nachfrage und Produktion im zweiten Halbjahr 2020.
- ➔ BIP Jahresdurchschnitt 2020: -4 %, bei zeitlich noch etwas längeren Nachfrage- und Produktionsausfällen sogar bis -5 %



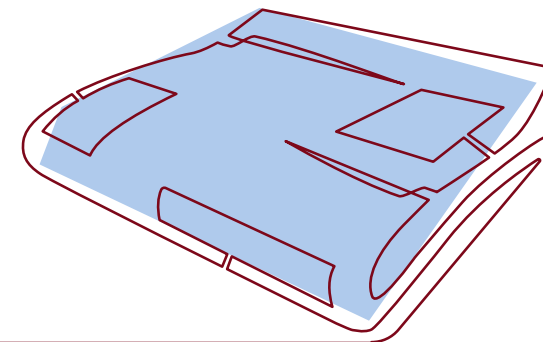
- Annahme:
keine „zweite Welle“ im kommenden Winter
- Mit wirtschaftspolitischen Anschubmaßnahmen 2021 BIP-Wachstum von gut 2 % möglich

Wirtschaftspolitik

Dr. Christian Ossig

Hauptgeschäftsführer

Bundesverband deutscher Banken



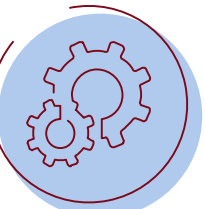
Wirtschaftspolitik

Erster wirtschaftspolitischer Ansatzpunkt



Einordnung

- Pandemie ist eine Naturkatastrophe (exogener Schock) → **keine** Fehlentwicklung im Wirtschaftssystem
- Auch **keine** Finanzkrise und **keine** Krise der Banken
- Im Gegenteil: Kreditinstitute können den Unternehmen/ihren Kunden helfen
- Deswegen: Erster wirtschaftspolitische Ansatzpunkt → Arbeitnehmer sowie kleine und große Unternehmen müssen geschützt werden
- Wenn das weitestgehend gelingt, sind auch etwaige Sorgen um die Stabilität der Finanzinstitute unnötig

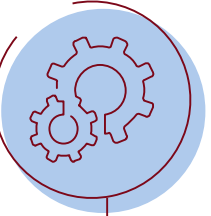


Finanzpolitik

- Soforthilfen
 - u. a. Kurzarbeitergeld und Liquiditätshilfen/Bürgschaften für kleine und große Unternehmen
 - Zweitrundeneffekte in das Wirtschaftssystem begrenzen
- Wichtig: praktische Umsetzung sicherstellen!

Wirtschaftspolitik

Schutzschild des Bundes und KfW-Förderprogramme



Die Ausweitung des KfW-Förderprogramms ist ein wichtiger Schritt ...

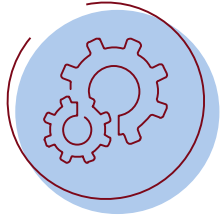
- Einbindung vorhandener Förderprogramme ist schnell, effizient und rechtssicher
- Es werden aber nicht alle Kunden und ohnehin nur neue Kredite bedient



.... reicht aber nicht, um das Schutzschild-Versprechen des Bundes zu erfüllen:

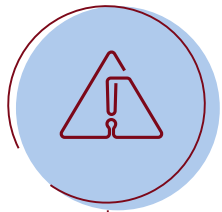
- **Banken** müssen in die Lage versetzt werden, **bestehende Kredite** zu stunden, zu restrukturieren oder zu erweitern und brauchen dafür entsprechende Unterstützung
- Der **Bund** muss **mehr Risiken schultern**
- **KfW-Nachrangdarlehen** für Unternehmen mit vollständiger Haftungsübernahme durch den Bund könnten ein Instrument sein, um den **Banken mehr Spielräume** zu ermöglichen

Wirtschafts- und EZB-Politik



Wirtschaftspolitische Maßnahmen „auf Sicht“

- Weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen – insbesondere mögliche „klassische“ Konjunkturprogramme, die Nachfrage und Investitionen fördern – müssen in Abhängigkeit der aktuellen Notwendigkeiten gesteuert werden

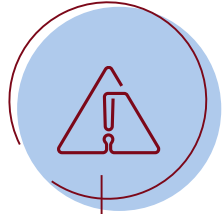


Geldpolitik der EZB

- Zentralbankliquidität ist gesichert
- Zinssenkungen hätten keine positiven Effekte mehr
- Möglichkeiten, um Belastungen der Banken zu reduzieren, kurzfristig nutzen, insbesondere umfassende Freistellung der Überschussliquidität vom negativen Einlagezins

Wirtschaftspolitik

... auch die Aufsicht kann helfen



Unternehmen brauchen in der Krise Liquidität und handlungsfähige Banken

- Aufgrund prozyklischer Elemente in Rechnungslegung und Regulierung sind Kapital und Liquidität aber nur eingeschränkt nutzbar
- Beispiele:
 - **IFRS9 & Risikovorsorge** (z.B. 30-Tage-Kriterium)
 - **Ausfalldefinition Basel III** (Kreditausfall u.U. schon bei Zahlungsaufschub)
- Prozyklische Wirkung lässt sich auch über ein **Absenkungen der Kapitalzuschläge** von BaFin und EZB in Säule II (institutsspezifische Kapitalanforderungen) ausgleichen.
- Regulierung **nicht** zurückdrehen – aber **Spielräume überprüfen und Flexibilität schaffen - sowohl auf der Kapitalseite als auch bei operativen Anforderungen und Fristen**